

## Uebergangswirtschaft und Arbeitsverhältnisse.

Nicht ohne berechtigte Sorge sieht unsere Industrie der Uebergangszeit nach Friedensschluß entgegen. So groß das Vertrauen ist, daß es eiserner deutscher Tatkraft gelingen wird, in späteren Friedensjahren die schweren Schäden weitzumachen, die der Krieg mit seiner völligen Umstellung der Volkswirtschaft zur Folge gehabt, und die noch schlimmeren Wunden zu heilen, die unseres gewissenlosesten Feindes Raub- und Vernichtungspolitik in aller Welt dem deutschen Handel und Warenabsatz geschlagen hat, so bedenklich erscheint die Lage, in der sich die deutsche Industrie am Tage des Friedensschlusses — bar aller Rohstoffe, ohne Aussicht auf die bis dahin sie versorgenden Kriegsaufträge und vielfach kreditbedürftig — zunächst befinden wird. Für die Rohstoffversorgung, die Ueberwindung der Valutaschwierigkeiten und die Kreditbeschaffung ist das Reichskommissariat für die Uebergangswirtschaft bestellt worden, das dem neuen Reichswirtschaftsamt eingegliedert werden soll. Es wäre aber verfehlt, anzunehmen, daß in diesen Fragen die einzigen Uebergangsschwierigkeiten für die Industrie lägen. Vielmehr liegt eine der größten in der Arbeiterfrage. Aus dem Heeresverbande werden die Millionen von Kriegern, aus den Rüstungsbetrieben die Hunderttausende von Rüstungsarbeitern entlassen. Wo sollen sie Arbeit finden, solange die Industrie noch nicht wieder im Besitz von Rohstoffen und Aufträgen ist? Natürlich wird ein großer Teil eben in der Herstellung der Rohstoffe: im Bergbau, in den Ziegeleien, in den einheimische Erze verarbeitenden Hüttenbetrieben usw., ferner in der Landwirtschaft und im Nahrungsmittelgewerbe, im Tiefbau, weniger im Hochbau Unterkommen finden können. Aber die Verarbeitungs- und Veredelungsgewerbe, sie werden erst langsam und allmählich wieder in Gang kommen, denn selbst zu den für die „umgeschalteten“ Betriebe erforderlichen Vorbereitungen, wie Umbauten, Maschinenbestellungen und Maschinenreparaturen bedarf es ja neben dem Kredit, für dessen schleunige Beschaffung zu nicht zu hohem Zinsfuß, wie man hoffen darf, gesorgt sein wird, der Rohstoffe. Freilich, sind diese erst einmal in ausreichender Menge herangeschafft, insbesondere Baustoffe, Erze und Rohmetalle, Faserstoffe, Häute und Felle, so könnte leicht die anfängliche Arbeitslosigkeit in ihr Gegenteil umschlagen, da dann nur gar zu bald der furchtbare Blutverlust sich bemerkbar machen wird, den unser Volk im Weltkriege, d. h. im Kriege gegen die Welt, erlitten hat, ein Verlust, den keine Uebergangswirtschaft in kurzer Zeit einbringen kann, den erst Jahrzehnte gedeihlicher Bevölkerungsentwicklung uns werden verwinden lassen. Es sind also Fragen des Arbeitsmarktes, die unsere Industrie — und nicht weniger unsere Landwirtschaft, der auch die Hilfsquelle der ausländischen Arbeitskräfte zu versiegen droht — schon jetzt lebhaft beschäftigen müssen. Das bedeutet aber, daß das Reich Vorsorge zu treffen hat auf den Gebieten des Arbeitsnachweises, der Arbeitsbeschaffung und der Arbeitslosenfürsorge, der fortlaufenden Ueberlicht über den Arbeitsmarkt, der Heranziehung ausländischer Arbeiter.

Nicht minder wichtig als die Marktfrage ist die Lohnfrage. Während in vielen, jetzt mit Kriegsarbeit überbeschäftigten Betrieben die Löhne auf ein in Friedenszeiten nicht erträgliches Maß gestiegen sind, sind sie in minderbegünstigten Industrien in gleich unerträglicher Weise hinter den so gewaltig gewachsenen Lebenskosten zurückgeblieben. Wie sich der Preisstand nach dem Kriege gestalten wird, ist heute noch gar nicht abzusehen, leider aber ist es schon jetzt ziemlich klar, daß die starken Verschiebungen von Löhnen und Preisen zu zahlreichen und großen Zwistigkeiten und Arbeitskämpfen führen werden. Diese Kämpfe stellen eine schwere, vielleicht eine der schwersten Gefahren dar, welche der durch den Krieg im ganzen doch weit mehr geschwächten als gestärkten Industrie drohen. Hier gilt es, das gemeinsame Interesse von Arbeitgebern und Arbeitern am Wiederaufleben, Wachsen und Gedeihen der Industrie wachzurufen, Einrichtungen für freie Aussprache und friedlich-schiedliches Verhandeln zu schaffen, die ihre Spitze in einem Reichsamt finden müssen, das in Fällen drohenden oder bereits erfolgten Ausbruchs von Streitigkeiten, die über das Gebiet eines Bundesstaates hinausgehen, unter Zuziehung von sachverständigen Beisitzern aus beiden Lagern und aus gründlicher Kenntnis der gewerblichen und Arbeitsverhältnisse